



Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Braunschweig, 1. Mai 2011

Das ist das Mindeste! Faire Löhne - Gute Arbeit - Soziale Sicherheit

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Raus aus der Atomkraft – rein in die Energiewende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wirklich, wir leben in verrückten Zeiten.

Die Ereignisse rasen mit unbekanntem Tempo.

Jahrelang sagte man uns, mit der Atomkraft habe man das Ei des Kolumbus entdeckt.

Billig, umweltschonend und vor allem sicher sollte sie sein.

Und vor wenigen Monaten beglückten die Atomparteien CDU, CSU und FDP die Energiekonzerne mit einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten.

Die Konzerne freuten sich auf 100 Mrd. Extra-Profiten - und die Strompreise stiegen munter weiter.

Und dann Fukushima!

Kolleginnen und Kollegen!

Der Tsunami spülte das ganze Lügengebäude hinweg.

Das Leid der Menschen verschwindet langsam aus den Nachrichten, unser Mitgefühl und unsere Solidarität sollten das nicht!

Doch die Botschaft der Stunde lautet: Konsequenzen ziehen!

Ohne Wahlkampfaktik und mit aller Konsequenz!

Fukushima zeigt:

Diese Energieform ist nicht beherrschbar!

Wie Goethes Zauberlehrling steht eine moderne Industrienation vor der nuklearen Katastrophe.

An der Atomenergie ist nichts sicher – außer dem Risiko.

Sie ist eine veraltete, gefährliche und teure Technologie.

- Sie verschlingt Milliarden an Subventionen.
- Sie birgt unkalkulierbare Risiken in sich.
- Und sie hinterlässt den nachkommenden Generationen Tonnen von Giftmüll!

Und daher sage ich an die Adresse von Frau Merkel:

Ein hektisches Moratorium in Wahlkampfzeiten - das reicht nicht!

Jetzt müssen den Worten Taten folgen.

Deshalb fordern wir:

Macht endlich Schluss mit diesem Wahnsinn!

Raus aus der Atomkraft – schaltet die Dinger ab!

Je schneller, desto besser!

Kolleginnen und Kollegen,

Atomenergie bedeutet Atommüll – unausweichlich!

Die Niedersachsen können ein trauriges Lied davon singen.

Ich sage nur: Gorleben und Asse II.

Und mit Schacht Konrad soll eine weitere Atommülldeponie entstehen.

Jahrelang haben sie uns erzählt: Asse II ist sicher.

Doch die Vorfälle der letzten Jahre belegen das Gegenteil.

Erneut zeigt sich:

Eine sichere Lagerung von Atommüll ist und bleibt eine Illusion.

Der beste Umgang mit dem atomaren Müll ist, ihn zu vermeiden.

Und deshalb sage ich:

Wir wollen keine Atomkraft, wir wollen keinen Atommüll und wir wollen keine Endlager!

In Niedersachsen, in der ganzen Republik und darüber hinaus!

Für einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaften

Kolleginnen und Kollegen,

Es gibt Alternativen zur schmutzigen Atomenergie.

Sie heißen:

- Energieeffizienz verbessern;
- Energieverschwendung vermeiden und
- erneuerbare Energien ausbauen – von der Windkraft bis zur Solarenergie.

Hier liegt die Zukunft – für Wohlstand und sichere Beschäftigung.

Bis zu einer Million neue Arbeitsplätze könnten hier entstehen.

Ja, wir brauchen, wir wollen den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Nicht zulasten von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und Wohlstand.

Sondern um sie für die Zukunft zu sichern.

Gewerkschaften und Betriebsräte haben Wege aufgezeigt:

- Für saubere und sichere Energie!
- Für saubere und sichere Arbeitsplätze!
- Und sozialen Schutz beim Umbau der Wirtschaft!

Das ist machbar und das ist überfällig!

Und dafür kämpfen die deutschen Gewerkschaften!

Die nächste Krise verhindern – das Kasino schließen!

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

Nicht nur der sozial-ökologische Umbau steht auf der Tagesordnung.

An den Finanzmärkten herrscht wieder Partylaune!

Wieder wird mit Finanzprodukten jongliert, hinter denen keine Werte stehen – dafür umso mehr Profitgier!

Hedgefonds, Private Equities und Investmentbanken verzeichnen wieder Rekordumsätze.

Und sie genehmigen sich kaltschnäuzig Millionengehälter und nicht selten Milliarden Boni!

Kolleginnen und Kollegen!

Ich frage:

Kommt Euch das nicht bekannt vor?

Wollen wir wieder zuschauen, wie der Karren in den Dreck fährt?

Wollen wir noch einmal Rettungsschirme für Investmentbanker aufspannen, die uns Milliarden und Abermilliarden kosten?

Ich sage:

Solange das Kasino geöffnet ist, werden Gier und Marktgläubigkeit der sogenannten Wirtschaftseliten nicht verschwinden.

Und deshalb muss es geschlossen werden!

Wir fordern:

- Harte Eigenkapitalquoten und Auflagen für alle Geldinstitute, um das Spekulationsvolumen zu begrenzen.
- Eine Finanztransaktionsteuer, um Spekulationsgewinne abzuschöpfen.
- Und ein Verbot jener Finanzprodukte, die kein anderes Ziel haben, als aus Millionären Milliarden zu machen!

Und wenn diese schamlosen Bonus-Zahlungen nicht verboten werden können, dann sollte sie über eine angemessene Steuer abgeschöpft werden!

Diesen Weg ist Amerika unter Obama gegangen, und den sollte auch Europa gehen!

Für eine gerechtere Weltordnung!

Kolleginnen und Kollegen,

eine erneute Finanzkrise wäre eine Katastrophe.

Bei uns, und in anderen Regionen der Welt.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden - aber er hat sie erheblich vertieft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- und gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

Und dem unteren Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie
- und weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Von der Unterversorgung mit Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Kolleginnen und Kollegen,

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der langjährige UN-Berichterstatte Jean Ziegler diese internationale Weltordnung genannt.

Und genau das ist es: Ein Imperium der Schande!

Ich rufe in Erinnerung:

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber: Zu oft gerät diese gute Tradition unter die Räder der eigenen Sorgen.

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der geschichtlichen Bühne abtritt.

Faire Löhne und Gute Arbeit auch bei uns!

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

wer die Welt im Großen ändern will, der muss zu Hause anfangen.

Auch bei uns, in der Wohlstandsregion Europa sind Niedriglöhne, Leiharbeit und befristete Beschäftigung auf dem Vormarsch.

Und auch in Deutschland gibt es genug zu tun.

Die jüngste Krise ist noch nicht überwunden, schon feiert die Politik den neuen Aufschwung.

Aber Vorsicht!

Diese Jahrhundertkrise hat tiefe Spuren hinterlassen:

Die Automobilindustrie boomt, aber viele Branchen sind längst nicht über den Berg.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben trotz Kurzarbeit für die Krise teuer bezahlt:

Mit Arbeitsplatzverlusten, mit Einkommenseinbußen, mit betrieblichem Sozialabbau und Nullrunden bei den Renten.

Und jetzt?

Durch das unermüdliche Engagement tausender Betriebsräte haben viele Unternehmen die Krise überstanden.

Zurzeit fahren sie wieder satte Gewinne ein.

Etwa die 30 Dax-Konzerne:

- 2010 verzeichneten sie einen Rekordgewinn von insgesamt 97 Milliarden Euro; das waren 66 Prozent mehr als im Vorjahr;
- 25,6 Milliarden haben sie an ihre Aktionäre ausgeschüttet – ein Plus von 28 Prozent,
- und die Vorstandsvorsitzenden der Dax-Konzerne erhielten im Durchschnitt über 4 Millionen; das sind 16 Prozent mehr als im Vorjahr.

Aber Kolleginnen und Kollegen!

Wie sagt der Volksmund so treffend: „Undank ist der Welten Lohn“.

Sozialpartnerschaft war gestern - da brauchten sie uns wegen der Krise.

Heute machen sie wieder knallharte Interessenpolitik.

Wo neue Arbeitsplätze entstehen, da sind sie oft befristet, unsicher und schlecht bezahlt.

Vor allem Berufseinsteiger sind betroffen.

Sie werden oft jahrelang in eine Kette unsicherer Beschäftigung abgedrängt.

Kolleginnen und Kollegen!

Arbeit war einmal eine Quelle von Wohlstand.

Heute ist sie für Viele Quelle von Armut.

- 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor, mitunter zu Löhnen von 3, 4 oder 5 €- amerikanische Verhältnisse in Deutschland!
- Immer mehr Menschen brauchen Hartz IV – trotz Arbeit.
- Und die Zahl der Leiharbeiter hat die Million-Grenze überschritten.

Kolleginnen und Kollegen!

So kann, so darf das nicht weitergehen.

Hungerlöhne, Lohndumping und Leiharbeit sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft – sie sind ein sozialstaatlicher Skandal.

Wir fordern:

Schluss mit den Zwei-Klassen-Belegschaften in den Betrieben!

Gleiche Arbeit–Gleiche Rechte–Gleiches Geld, das muss sein!

Und wir fordern:

Her mit gesetzlichen Mindestlöhnen!

Unter 8,50 Euro die Stunde darf nichts gehen.

Der Lohn muss zum Leben reichen, alles andere ist würdelos.

Und das ist mit uns nicht zu machen!

Für Freizügigkeit in einem fairen Arbeitsmarkt!

Kolleginnen und Kollegen,

Ein fairer Arbeitsmarkt ist auch mit Blick auf die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit unverzichtbar.

Sie gilt ab heute auch für ganz Europa.

Viele unter uns befürchten Konkurrenz und Lohndrückerei.

Und viele Unternehmen warten schon auf die Billig-Arbeit aus Osteuropa.

Kolleginnen und Kollegen!

Die Einen müssen wir schützen.

Den Anderen müssen wir einen Strich durch die Rechnung machen!

Gerade dazu brauchen wir klare Regeln und Mindeststandards auf dem Arbeitsmarkt.

Wir sagen Ja zur Freizügigkeit und Nein zu Ausbeutung und Lohndumping!

Wir wollen faire Löhne in einem sozialen Europa!

Und die Kolleginnen und Kollegen, die fern von ihrer Heimat für sich und ihre Familien eine Perspektive suchen, die heißen wir herzlich Willkommen!

Sozialstaatliche Hilfe statt sparen bei Hartz IV

Kolleginnen und Kollegen!

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Schuldenkrise.

Viele fürchten um die Stabilität des Euro.

Auch in Deutschland haben milliardenschwere Rettungsprogramme für Banken und Konjunktur Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen.

Viele Kommunen sind schlichtweg pleite.

Herausforderungen gibt's genug – aber wie sieht es mit den Antworten der Politik aus?

Ich befürchte: Nicht gut!

Privilegienschutz für die Krisenverursacher und Sozialabbau für die Krisenopfer – so lautet die Devise der aktuellen Politik!

Sage und schreibe 30 Milliarden kassiert das sogenannte Sparpaket bei Langzeitarbeitslosen und Familien ein.

Selbst der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld für Arbeitslose wurde gestrichen!

Und dann diese schändliche Entscheidung zu Hartz IV.

Monatelang ging es hin und her.

Der politische Berg bebte und gebar ein sozialpolitisches Mäuslein.

- Fünf Euro mehr für Erwachsene jetzt und noch mal drei Euro nächstes Jahr.
- Die Regelsätze für Kinder bleiben unverändert.
- Und das Bildungspaket sieht hübsch aus, doch was drin ist und wie man ran kommt, das scheint ein Geheimnis von Frau von der Leyen zu sein.

Und die Begründung:

Die Einkommen der Niedrigverdiener seien auch nicht stärker gestiegen.

Kolleginnen und Kollegen!

Das ist zynisch.

Erst fördert die Politik Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhne.

Und dann nimmt sie diese als Begründung für verweigerte Solidarität gegenüber Arbeitslosen.

Das ist eine Verhöhnung:

- der Arbeitslosen
- des Verfassungsgerichts
- und des Sozialstaatsgebotes unseres Grundgesetzes.

Banken und Energiekonzerne kriegen Milliarden hinterher geworfen.

Und bei der Umsetzung des Verfassungsauftrages pocht man auf die Haushaltszwänge.

Schämen sollten sie sich, die Damen und Herren da in Berlin!

Nein, Kolleginnen und Kollegen!

Wir dürfen diese Politik der Spaltung nicht mitmachen.

Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihren Anspruch auf Solidarität.

Wir sagen:

Die sozialstaatliche Antwort auf Niedriglöhne heißt nicht sparen bei Hartz IV.

Sie heißt:

Schluss mit Dumpinglöhnen und her mit Hartz IV-Regelsätzen, die für ein menschenwürdiges Leben der ganzen Familie reichen!

Das ist machbar, das ist notwendig und davon werden wir nicht lassen!

Gegen die Rente mit 67 - Für die solidarische Bürgerversicherung!

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität ist auch die richtige Antwort auf die Probleme der sozialen Sicherungssysteme.

Eine fatale Koalition aus Politik und Kapital hat hier in den letzten Jahren schweren Schaden angerichtet.

Etwa in der Alterssicherung und mit Blick auf die Altersgrenze!

Die Rente ab 67 ist aus den Schlagzeilen verschwunden, aber das macht sie nicht besser!

Sie ist und bleibt eine der grandiosesten Fehlentscheidungen in der sozialpolitischen Geschichte unserer Republik.

Ihre Folgen werden nicht sein: Längere Lebensarbeitszeiten und mehr Ältere in den Betrieben!

Die Folgen werden sein: Mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten!

Und wer uns was anderes vorgaukelt, der weiß entweder nicht, wovon er redet oder will uns verarschen!

Und deshalb bleibt es dabei:

Die Rente ab 67 - die muss weg!

Kolleginnen und Kollegen!

Auch in der Krankenversicherung sieht es nicht besser aus.

Angela Merkel hat das Gesundheitsministerium der FDP ausgeliefert.

Und damit an die Lobby der Ärzte, der Apotheken und der Pharmaindustrie.

Und die werden jetzt bedient – schamlos und umfassend.

Die Kostenbremsen für die Einkommen der Anbieter im Gesundheitswesen werden gelockert, ihre Einkommen sollen deutlich steigen.

Und die Beiträge der Arbeitgeber werden eingefroren.

Und die Versicherten werden zu den Zahlmeistern des Systems!

Sie müssen Leistungseinschnitte in Kauf nehmen, oder durch einseitige Zuzahlungen die Finanzmittel aufbringen, aus denen sich dann Ärzte, Apotheker und Industrie bedienen.

Klientelpolitik pur – zu unseren Lasten.

Kolleginnen und Kollegen!

Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles andere nichts!

Gesundheit ist keine Ware und kein Spielball für Lobbyinteressen!

Unsere Antworten heißen:

Solidarität und solidarische Bürgerversicherung!

Wir fordern:

1. Ein Solidarsystem für alle - alle Erwerbstätigen rein in die gesetzliche Krankenversicherung.
2. Statt weiteren Vergünstigungen für Wirtschaft und Lobbyisten - Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern;
3. Wer stärkere Schultern hat, kann auch mehr tragen - Einkommensstarke und Vermögende sollen auch einen höheren Beitrag leisten.

Dafür werden wir weiter kämpfen.

Auch deshalb sind wir heute hier!

Parlamente der Sozialpolitik wählen!

Und dies, Kolleginnen und Kollegen, werden wir auch bei den laufenden Sozialwahlen deutlich machen.

Es sind unbekanntere, aber wichtige Wahlen.

Hier werden die Parlamente der Sozialpolitik gewählt, und die Gewerkschaften treten an.

Das Eintreten für Erhalt und Ausbau des Solidarsystems ist es, was uns Gewerkschaften von Anderen unterscheidet.

Deshalb appelliere ich an Euch:

Nutzt Euer Wahlrecht!

Wählt die gewerkschaftlichen Listen.

Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen!

Und damit die Chancen auf mehr Solidarität und Demokratie auch in der Zukunft!

Nazis raus!

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität und soziale Sicherheit sind unverzichtbar für eine solidarische Gesellschaft.

Aber sie sind auch Stützen der Demokratie.

Wo sie wanken, geraten Demokratie und Toleranz in Gefahr.

Immer wieder suchen Nazi-Aktivistinnen hier ihre Chancen.

Sie wollen auf der Flamme der sozialen Ängste vieler ihre braune Suppe kochen.

Im Westen, im Osten und leider auch in Braunschweig.

Am 4. Juni wollen die braunen Horden durch die Innenstadt marschieren.

Und daher rufe ich Euch auf:

Kommt zur Gegendemonstration am 4. Juni!

Braunschweig gehört nicht den Nazis, Braunschweig gehört uns!

Wir bleiben dabei:

Geduldete Naziaufmärsche sind kein Gebot der Demokratie, sie sind ein politischer Skandal!

Der Rechtsstaat soll Menschenrechte und Demokratie schützen, nicht ihre Feinde!

Und die NPD, die gehört verboten – und zwar sofort!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch:

Das Verbot von Parteien ist ein notwendiger, aber kein hinreichender Schritt.

Den entscheidenden Sieg über den alten und neuen Faschismus gilt es in den Köpfen zu erringen.

Viele Aktivisten haben Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht.

Viele verbergen ihre brutale Botschaft hinter geschliffener Rhetorik.

Sie präsentieren sich als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und als Anwälte der Resignierten und Beleidigten.

Entlarven wir ihre Lügen!

Nazis sind keine Sozialarbeiter!

Und Faschismus hat so wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun wie Auschwitz mit freier Arbeit!

Wir sagen:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir sagen Nein zu Menschenverachtung und Hetze gegen Minderheiten.

Wir wollen keine Nazis!

Nicht in Braunschweig, nicht in Deutschland - nirgendwo!

Krieg ist keine Lösung!

Kolleginnen und Kollegen,

Eine ungerechte, eine gespaltene Welt wird nie eine Friedliche sein.

Aus ihr werden Gewalt, Terror und Konflikte niemals verschwinden.

Mit größter Sorge sehen wir:

Kriege sind als Mittel der Politik wieder hoffähig.

Auch europäische Staaten setzen wieder auf die militärische Karte - und Deutschland ist mit von der Partie.

Mal offen mit Soldaten - wie in Afghanistan.

Mal mit Waffen und logistischer Unterstützung – wie in Libyen!

Auch hier ist die Politik der Bundesregierung mehr als doppelzünftig.

Sie enthält sich in der UNO, aber sie stellt deutsche Militärbasen zur Verfügung und hilft bei der Koordinierung des Krieges.

Kolleginnen und Kollegen!

Kein Zweifel:

Die Konflikte in Nordafrika sind unübersichtlich und der Freiheitswille der Menschen ist bewundernswert.

Aber immer deutlicher wird:

Auch hier ist der Krieg nicht die Lösung, sondern Teil des Problems!

Männer und Frauen auf allen Seiten sterben,

- weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
- weil wirtschaftliche und geopolitische Interessen im Spiel sind
- und weil der Westen die Diktatoren der Region in der Vergangenheit unterstützt und gestärkt hat!

Und deshalb bleibe ich dabei:

Kriege lösen keine Probleme, sie gießen Öl ins Feuer der Konflikte.

Wir brauchen humanitäre Hilfen, wir wollen Alternativen zu Krieg und militärischer Gewalt!

„Es rettet uns kein höhere's Wesen ...“ – für eine soziale Bewegung der Solidarität

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig und viel gibt's zu tun.

Für wichtige Ziele gilt es zu streiten:

- Für einen solidarischen Sozialstaat;

- für eine sichere Zukunft - ohne AKWs;
- und für eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Ein breites gesellschaftliches Bündnis der Solidarität.

Diesen Kampf wird uns keiner abnehmen, diesen Kampf werden wir selber führen müssen.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht.

Ja, wir erfahren viel Zuspruch für unseren Kampf um Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und soziale Demokratie.

Vielleicht wächst in diesen Kämpfen ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanz-Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Für dieses Ansinnen ist die Arbeiterbewegung seit jeher eingetreten.

Es ist ein altes Ansinnen, aber zugleich das Aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's! Es lebe der 1. Mai!